

# Die Tagespost



TÄGLICH AKTUELL AUF  
www.die-tagespost.de

11. April 2019, Würzburg, Jahrgang 72, Nr. 15 – 4,00 Euro

Glaube in der Schweiz, Piusbruderschaft, synodaler Weg: Bischof Huonder spricht Klartext S. 2/3

## Ein einsamer Rufer tritt ab

Foto: Bistum Chur

Anzeige

Glaube verbindet



LIGA Bank – Dienstleister für die Kirche

Ihr kompetenter Partner bei Finanzierungsfragen, Vermögensanlagen, Versicherungen, Altersvorsorge und Online Banking.

Wir sind immer für Sie da. Ihre Werte sind auch unsere Werte.

Sprechen Sie mit uns.

LIGA Bank eG • www.ligabank.de

**LIGA BANK**  
Dienstleister für die Kirche  
- seit 1917 -



EUCHARISTIE

Was bedeutete der Altar in der frühen Kirche?

S. 11

## Netanyahus Sieg

Israels Premier Netanyahu geht gestärkt aus den Wahlen hervor: An ihm vorbei kann kaum eine Regierung gebildet werden **VON TILL MAGNUS STEINER**

Im Mittelpunkt der israelischen Parlamentswahlen standen keine politischen Themen. Der Gang an die Wahlurnen am vergangenen Dienstag war ein Referendum über die Zukunft Benjamin Netanyahus als Premierminister. Das Ergebnis nach der Auszählung von 98% der abgegebenen Stimmen ist eindeutig ausgefallen. Im Vergleich zur letzten Wahl im Jahr 2015 konnte Likud, die Partei Benjamin Netanyahus, fünf Sitze dazugewinnen. Die von seinem Hauptherausforderer Benny Gantz zusammen mit Yair Lapid angeführte Wahlliste Kahol Lavan erreichte zwar ebenso 35 Sitze, aber dennoch konnte Benjamin Netanyahu schon in den frühen Morgenstunden am Mittwoch verkünden: „Ich habe in der Nacht bereits Gespräche mit den Vorsitzenden der rechten Parteien, unseren natürlichen Partnern, geführt. Fast jeder erklärte öffentlich, dass er mich [dem Präsidenten] zur Bildung der nächsten Regierung empfehlen werde.“ Um eine Mehrheitsregierung in der Knesset bilden zu können, muss eine Koalition mindestens aus 61 Abgeordneten bestehen und die von ihm angestrebte Koalition aus religiösen und rechten Parteien verfügt über 65 Sitze.

Schon kurz nach den ersten Prognosen erklärte der zweite große Gewinner der Wahlen, die beiden ultraorthodoxen Parteien, dass sie mit ihren voraussichtlich 16 Sitzen sich an die Seite Benjamin Netanyahus stellen werden. Der gegenwärtige Finanzminister Moshe Kahlon erklärte auf der Wahlparty seiner Partei Kulanu zwar, dass er – ebenso wie die nationalistische Partei Israel Beitenu – erst das für Donnerstagnachmittag erwartete finale Wahlergebnis abwarten wolle, aber gegenüber Journalisten sagte er kurze Zeit später: „Ich bin Mitglied des Nationalen Lagers, ich werde Benjamin Netanyahu empfehlen.“ Seine Partei wird voraussichtlich mit vier Abgeordneten in der Knesset vertreten sein. Der Knessetabgeordnete Bezalel Smotrich der Siedlerpartei, die zusammen mit der rechtsex-

tremen, anti-palästinensischen Partei Ozma Yehudit bei diesen Wahlen auf einer gemeinsamen Liste angetreten ist und voraussichtlich vier oder fünf Sitze gewonnen hat, erklärte nach einem Telefongespräch mit dem Premierminister: „Netanyahu erklärte seine Absicht, eine rechte Regierung zu bilden, und wir sehen uns als Seniorpartner darin.“ Er fügte aber auch hinzu, dass dies nicht bedingungslos geschehen wird: „Zwei Tage sind vergangen, seit Netanyahu versprochen hat, die Souveränität in Judäa und Samaria durchzusetzen. Souveränität ist also ein wichtiges Ziel für diese Regierung.“ In einem Fernsehinterview am Samstagabend hatte der Premierminister angekündigt im Falle eines Wahlsieges Gebiete des Westjordanlands zu annektieren.

Trotz drei bevorstehender Anklagen wegen Korruption und laufenden Ermittlungen in einem vierten Fall wird Benjamin Netanyahu der alte und neue Premierminister Israels sein. Zwar werden nun die Details der Anklagen, die während der Wahl nicht freigegeben werden durften, in den kommenden Wochen die Schlagzeilen Israels bestimmen. Aber bereits vor der Wahl hatten, abgesehen von Kulanu, alle potenziellen Koalitionsparteien ausgeschlossen, dass sie im Falle der Eröffnung eines Gerichtsverfahrens gegen Benjamin Netanyahu dessen Rücktritt verlangen würden. Zwei Faktoren waren entscheidend für seinen Wahlerfolg. Zum einen die von ihm geschürte Angst vor einer Koalition, die auf die Stimmen der Parteien der Palästinenser in Israel angewiesen wäre. Und zudem die internationale Hilfe während seines Wahlkampfes. US-Präsident Donald J. Trump anerkannte die von Syrien 1967 eroberten Golanhöhen als israelisches Staatsgebiet. Und der russische Präsident Vladimir Putin ermöglichte die Rückführung der Überreste des vor 37 Jahren im Libanon Krieg gefallenen israelischen Panzerkommandanten Zachary Baumel. Die nun offene Frage ist, welchen Preis Benjamin Netanyahu hierfür zu zahlen hat.

KOMMENTAR

## Missionarische Jugend

VON KILIAN MARTIN

Die kirchliche Jugendarbeit in Deutschland kommt langsam aber sicher in der Moderne an. Etwas zynisch könnte man so das Vorhaben der Bischofskonferenz beschreiben, neue Leitlinien für die Jugendpastoral zu formulieren (siehe Seite 10). Die derzeit gültigen stammen schließlich aus dem Jahr 1991 – selbst die meist der Adoleszenz längst entwachsenen Spitzenfunktionäre katholisch-deutscher Jugendverbände haben das nicht mehr aktiv miterlebt.

Über eine ganze Generation hinweg blieben die Grundprinzipien der Seelsorge für junge Katholiken unverändert. Selbst angesichts der Ewiggültigkeit der kirchlichen Lehre ist das unverständlich. Schließlich konnte vor bald drei Jahrzehnten die Entwicklung gerade der Jugendkultur nicht vorhergesehen werden. Nun soll die kirchliche Jugendarbeit also digitaler, flexibler und individueller werden. Das ist nur zu begrüßen. Damit würde die Jugendpastoral den veränderten Realitäten der Gegenwart Rechnung tragen.

Eine echte Modernisierung der Jugendarbeit ist damit aber noch nicht erreicht. Für die Zukunft ist es unerlässlich, dass die katholische Jugendpastoral, wie Jugendbischof Stefan Oster anmerkt, eine missionarische ist. Es ist aus Sicht der Kirche unerlässlich, dass ihre Seelsorge für die jungen Menschen sich zukünftig vor allem der Verkündigung widmet. Politische Verbandsarbeit oder belanglose Freizeitbeschäftigungen sollten nicht länger als Normalfall kirchlicher Jugendarbeit gelten. Bischöfe und große Jugendverbände können sich bei zahlreichen jungen Aufbrüchen in der Kirche anschauen, was es bedeutet, eine missionarische Jugendpastoral zu betreiben. Von der aus den Weltjugendtagen hervorgegangenen Nightfever-Bewegung bis hin zu Neuen Geistlichen Gemeinschaften gibt es viele positive Ansätze. Natürlich werden diese auch künftig nicht das Maß aller Dinge sein. Doch sie machen vor, was die vielleicht wichtigste Leitlinie für die katholische Jugendpastoral der Zukunft ist: Dient es dem Glauben?

**SERIE** Warum Papst Benedikt XVI. seinen Dienst poetisch, priesterlich und prophetisch ausgeübt hat S. 19



# „Ein Bischof muss sich an die Wahrheit halten“

Churscheidender Bischof Vitus Houndert ist sich sicher: Wenn wir nicht bei der überlieferten Botschaft des Herrn bleiben, sterben wir aus **VON OLIVER MAKSAN**

**Exzellenz, Sie gelten über die Schweiz hinaus als das, was man heutzutage umstritten nennt. Warum? Weil Sie unbequeme Positionen vertreten? Oder würden Sie selbstkritisch sagen: Ich habe nicht immer den richtigen Ton getroffen?**

Auch ein Bischof ist Mensch und kann natürlich in der Kommunikation Fehler machen. Aber ich habe ein gutes Gewissen. Ich habe versucht, mein Amt am Beispiel des Herrn auszurichten. Der war ja auch umstritten. Deshalb kann ich mich gut mit ihm identifizieren – und er umgekehrt hoffentlich auch. (lacht)

**Also liegt es an Ihren Positionen, dass Sie zur Reizfigur reformkatholischer und säkularer Kreise wurden?**

Ich beziehe Stellung im Sinne der Lehre der Kirche, wie sie überliefert wurde. Nicht mehr und nicht weniger. Das ist die Aufgabe eines Bischofs.

**Innerkirchlich haben Sie sich damit aber nicht nur Freunde gemacht. Der Rektor der Churer theologischen Hochschule, Christian Cebulj, stellt sich Ihren Nachfolger ganz anders als Sie vor: „Für mich ist wichtig, dass es einen Steuermann gibt an Bord des Bistums, der die Stürme der Zeit kennt; er muss die Pluralität in der Gesellschaft akzeptieren und nicht dagegen rudern.“ Haben Sie als Bischof gegen den Strom der Pluralität gerudert?**

Natürlich. Man muss als Bischof gelegentlich gegen den Mainstream rudern. Dass ich die Pluralität kennen und mich mit ihr auseinandersetzen muss, ist klar. Aber einfach mitrudern darf ich nicht. Ich muss unterscheiden, was im Sinne unseres Glaubens ist und was nicht.

**Können Sie ein Beispiel nennen?**

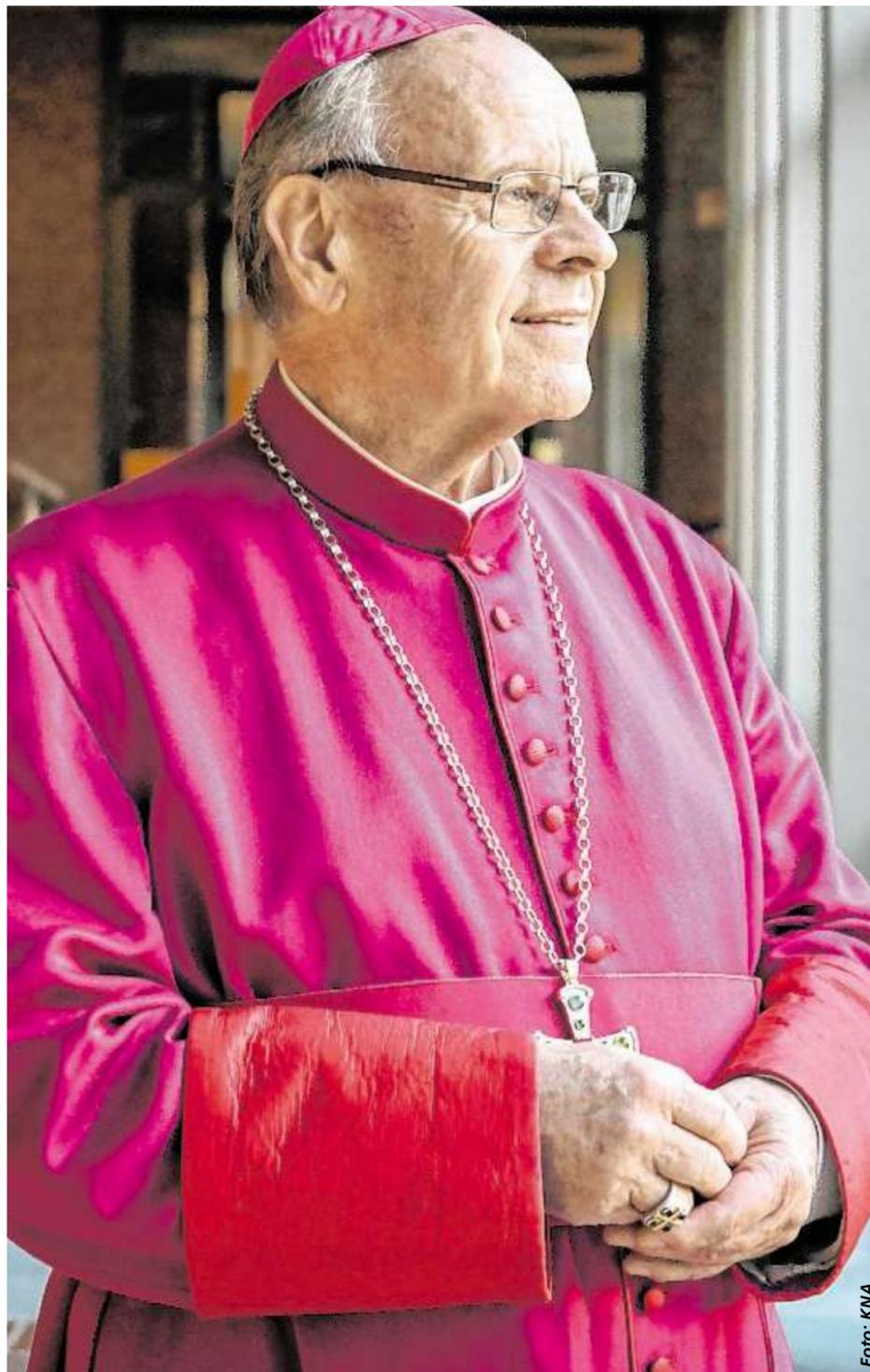
Mein letzter Hirtenbrief, mit dem ich von meinem Bistum Abschied nahm.

**Darin sprachen Sie von Gottesfurcht, dem Hören auf das Lehramt, Beichte und Umkehr.**

Ja, ich habe eigentlich nichts anderes gemacht, als die Grundlagen unseres Glaubens noch einmal zu verdeutlichen. Daran haben manche Anstoß genommen. Ich habe eine böse Reaktion gelesen im Newsletter der „Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich“, jener vom Staat geschaffenen Paraorganisation zur Kirche. Aber das ist für mich nicht verwunderlich, denn von dort sind immer wieder Angriffe gekommen. Vor allem in unserem kirchlichen Personal erwarten manche eine Veränderung der kirchlichen Lehre. Aber das hat keine Zukunft. Es sterben jene Meinungen aus, die ständig von innen her gegen die Kirche agieren. Ihre Position wird in 50 Jahren nicht mehr vertreten werden.

**Was macht Sie da so sicher?**

Wenn wir nicht bei der überlieferten Botschaft des Herrn bleiben, sterben wir aus. Schauen Sie sich die reformierte Kirche in der Schweiz an. Dort hat man alles freigegeben: von der Verpflichtung zur Taufe bis zum Glaubensbekenntnis. Und kaum jemand geht mehr hin. Wer dort etwas vom Glauben hören will, der muss in die Freikirchen gehen.



Empfiehlt ein Zugehen Roms auf die Piusbruderschaft: Bischof Huonder. Foto: KNA

**Aber woher kommen diese innerkirchlichen Widerstände?**

Man setzt auf Anpassung, auf eine sich rasant ändernde Gesellschaft. Nur so glaubt man, Anschluss finden zu können. Ich halte das für einen Irrweg.

**Reformkatholiken würden Sie nun fragen: Ist bei Jesus nicht jeder willkommen gewesen?**

Bei Jesus ist jeder willkommen: Das ist eine sehr gefährliche Aussage. Sie stimmt auch nicht ganz, weil Jesus eine Entscheidung für Gott fordert. Und wenn bei ihm alle willkommen sind, dann in dem Sinne, dass jeder, der sich wirklich für Gott entscheiden will und sich vom Bösen abwendet, angenommen ist. Er sagt aber nirgends:

Mach, was du willst, es ist egal, wie du lebst. Sondern er ruft immer in die Entscheidung: Geh hin und sündige nicht mehr. Das ist Jesus. Das andere ist eine Verkürzung von Jesus.

**Sie sprachen vorher davon, dass eine Kirche, die ihr Fähnchen in den Wind hängt, keine Zukunft hat. Nun gibt es in der Schweiz das sogenannte duale System: Vom Staat geschaffene kantonale Körperschaften oder Landeskirchen bekommen die Kirchensteuermittel. Die Diözesen wiederum beziehen ihre Mittel von diesen. Die können deswegen doch noch lange ein Eigenleben führen, oder? Anders gefragt: Ist die Kirche der Schweiz überhaupt reformierbar, solange es diese**

**Form der vom Bischof unabhängigen Kirchenfinanzierung gibt?**

Die mit dem Papst und den Bischöfen geeinte Kirche ist immer reformierbar. Wenn aber diejenigen, die in diesen Körperschaften Verantwortung tragen, glauben, gegen den Bischof und den Glauben der Kirche opponieren zu müssen, schaufeln sie sich ihr eigenes Grab. Auf die Dauer laufen ihnen dann die Leute weg.

**Aber steht das duale System nicht schon grundsätzlich im Widerspruch zur katholischen Lehre von der Kirche?**

Es ist dann ein Widerspruch, wenn man meint, man müsste die Stelle des Bischofs einnehmen. Wenn man den Bischof respektiert, was auch in diesem System geht, dann kann das in der Praxis funktionieren, hat es ja lange auch. Aber wenn man in die Opposition geht und eigentlich zwei Gesellschaften aufbaut in der einen Kirche, wird es schwierig. Dann hat eine solche Struktur keine Daseinsberechtigung mehr.

**Das heißt, Sie könnten durchaus damit leben, wenn die Bischöfe die Leitungs- und Lehrhoheit haben und man ihnen darin**

**folgt – und die Landeskirchen sich ausschließlich um technische und finanzielle Abläufe kümmern?**

Ja. Ursprünglich lief das auch so. In den Körperschaften haben sehr fromme Leute gewirkt, die nicht auf die Idee gekommen wären, gegen den Bischof und die Lehre der Kirche zu arbeiten. Mit dem gesellschaftlichen Wandel der letzten 50 Jahre hat sich das aber völlig geändert. Es ist auch ein Unterschied, ob man sich auf der Ebene der Kirchgemeinde für die Pfarrei einsetzt oder ob man sich auf kantonaler Ebene als Körperschaft mit einem Millionenbudget dem Bischof als Para-Ordinariat entgegenstellt.

**Wieviel Schaden haben denn diese korporativen Strukturen in der katholischen Verkündigung angerichtet?**

Das ist von Kanton zu Kanton verschieden, weil die Kantonsverfassungen unterschiedlich strukturierte Körperschaften eingerichtet haben. Hinzu kommt, dass nicht alle gleich viel Geld haben. In Zürich ist man sehr reich. Da wird dann auch vieles am Bischof vorbei und gegen die Lehre der Kirche getan. Es werden Schriften herausgegeben, die im Widerspruch zum katholischen Glauben stehen. Die „Jugendkirche“ der Körperschaft treibt mehr Yoga als katholische Glaubensverkündigung. Als Bischof kann ich mich damit nicht mehr identifizieren.

**Was können Sie dagegen tun?**

Wenig. Ich versuche, mit den Verantwortlichen zu sprechen. Aber wenn ich sie nicht überzeugen kann, bleibt mir nichts, außer das hinzunehmen.

**Gibt es damit de facto nicht eine Art Schisma in der Schweiz? Da ist die Kirche des Bischofs und eine Körperschaft, die unter der Flagge der katholischen Kirche segelt, aber im Grunde tut, was sie will, weil sie das Geld hat.**

So ist es. Wir haben tatsächlich ein innerkirchliches Schisma der divergierenden Richtungen: Die Kirche tritt für den ganzen Glauben ein, die Körperschaften fühlen sich zwecks Erhalts ihrer Privilegien dem gesellschaftlichen Mainstream verpflichtet und bekämpfen Glaubensinhalte, die heute schlecht ankommen. Das ist der Interessenkonflikt.

**Sie sagten, dass das duale System grundsätzlich kein Problem ist, wenn jeder tut, was ihm zukommt. Nun läuft es aber nicht so. Wäre es dann nicht besser, das System gleich ganz abzuschaffen?**

Das ist eine Meinung, die man haben kann. Und vielleicht kommt es von selbst, wenn sich immer mehr Menschen von diesen staatskirchenrechtlichen Körperschaften abwenden. Dann werden sie mit der Zeit obsolet.

**Von den Schwierigkeiten abgesehen: Wäre es aus katholischer Sicht nicht besser, es gäbe diese Korporationen nicht mehr?**

Unter diesen Umständen: Ja.

**Haben Sie versucht, einen politischen Prozess zur Abschaffung in Gang zu bringen, um eine Änderung der Kantonsverfassungen zu erreichen?**

**„Wir haben ein innerkirchliches Schisma: Die Kirche tritt für den Glauben ein, die Körperschaften sind dem Mainstream verpflichtet.“**

Nicht systematisch. Wir hatten neulich eine rechtliche Auseinandersetzung mit der Körperschaft (Landeskirche) Graubünden. Sie unterstützt eine Abtreibungen befürwortende Organisation namens Adebar finanziell. Für das Leben der katholischen Kirche bestimmte Mittel gehen an eine Organisation, die Abtreibungen unterstützt. Wir haben gegen die Landeskirche geklagt, aber leider verloren. Das hat mich sehr betrübt. Andererseits hat es offengelegt, was für absurde Strukturen wir haben. Vielleicht hat es ja den Effekt, dass immer mehr Menschen gegenüber dem Bischof erklären, dass sie Kirchenmitglied bleiben, aber die Körperschaften verlassen wollen.

**Würden Sie Ihren Gläubigen den Austritt empfehlen?**

Ja. Wenn die Körperschaften weiter gegen die Lehre der Kirche handeln, werden Bischöfe zum Austritt aus diesen Körperschaften aufrufen müssen.



Proteste von unten: Huonder ist Feindbild reformkatholischer Kreise.

## „Sobald es um die Substanz des Glaubens geht, brauchen wir Einheit. Es kann in Polen dann nicht anders sein als in Deutschland.“

**Nun kann man die Probleme mit dem dualen System auch als Eingriff in die gemeinschaftliche Religionsfreiheit der Katholiken betrachten. Religionsfreiheit scheint es in der Schweiz nur für den einzelnen Katholiken, nicht für die Gemeinschaft zu geben. Gibt es keine Politiker, die das ändern wollen?**

Manche schon. Aber unsere Politiker sind im Allgemeinen nicht so kirchlich gesinnt.

**Man muss ja nicht katholisch sein, um diese Position zu vertreten, nur liberal. Es geht schließlich um Religionsfreiheit.**

Das gibt es auch. Aber wenn es um die Freiheit der Katholiken geht, die gegen Abtreibung und „Ehe für alle“ sind, dann ist man plötzlich nicht mehr liberal und setzt sich nicht ein.

**Haben Sie mit Papst Franziskus über die Probleme mit den landeskirchlichen Organisationen gesprochen?**

Der Heilige Vater kennt unsere Probleme. Ich konnte ihm das im persönlichen Gespräch darlegen. Auch das Staatssekretariat und die Bischofskongregation wissen Bescheid und sind nicht glücklich über die Situation. Aber sie sind machtlos. Das muss in der Schweiz gelöst werden.

**Herr Bischof, Sie werden Ihren Ruhestand in einer Einrichtung der Piusbruderschaft verbringen. Mussten Sie vom Heiligen Vater genehmigen lassen, dass Sie sich in einer Schule der Bruderschaft niederlassen?**

Nein, denn in einem Schreiben des früheren Präfekten der Glaubenskongregation, Kardinal Gerhard Ludwig Müller, an die Bruderschaft ist das so formuliert. Und der Präfekt spricht ja in der Autorität und mit Billigung des Papstes. Aber ich habe den Heiligen Vater informiert.

**Sie sollen Verbindungsmann zwischen der Bruderschaft und Rom sein. Wie kamen Sie zu dieser Rolle?**

Ich bin schon lange an dem Prozess der Gespräche zwischen Rom und der Bruderschaft beteiligt. Da die Gemeinschaft in Menzingen in der Schweiz ihren Sitz hat, dachte man, dass ein Schweizer Bischof mit einbezogen werden sollte. Deshalb wurde ich von der Kommission Ecclesia Dei, der für den Dialog mit der Bruderschaft zuständigen Kommission, angefragt. So kam es zu einem ständigen Kontakt mit Vertretern der Bruderschaft hier in der Schweiz. Die Ergebnisse habe ich nach Rom weitergeleitet. Diesen Auftrag werde ich nun weiterhin wahrnehmen. In erster Linie geht es mir um

die Einheit der Kirche. Spaltung in der Kirche muss überwunden werden. Wir dürfen nicht vergessen: Die Piusbruderschaft hat viele Anhänger.

**Ihr Amt ist ein informelles. Sie haben keine konkreten Verhandlungsvollmachten, sondern versuchen, durch Ihr Mitsein eine Brücke zu sein.**

Ja, meine Rolle ist in erster Linie informell. Aber auch das hat seine Wirkung. Zum Beispiel auf das Jahr der Barmherzigkeit hin, als die Priester der Bruderschaft vom Papst die Erlaubnis bekamen, die Absolution zu erteilen. Ich habe daran mitgewirkt. Ich hatte Papst Franziskus vorgeschlagen, er solle doch auch Barmherzigkeit gegenüber der Bruderschaft üben und ihnen die Vollmacht erteilen. Ein Jahr später habe ich ihn wieder getroffen und er hat mir mitgeteilt, dass er meinen Vorschlag aufgreifen würde. Das hat mich darin bestärkt, den Weg mit der Bruderschaft in Richtung Einheit weiterzugehen.

**Nun wird dieser Weg schon seit Jahren gegangen, ohne dass man sich geeinigt hätte. Es schien unter dem früheren Generaloberen Bischof Fellay eine Annäherung zu geben. Unter dem neuen Oberen Pagliarini hat man den Eindruck, dass es wieder eine Eiszeit gibt, dass es nicht mehr um praktische Fragen der Eingliederung in die Kirche, sondern um harte doktrinaire Fragen geht.**

Das wirkt vielleicht nach außen so. Aber doktrinaire Bedenken in der Bruderschaft gab es auch unter Bischof Fellay. Die werden jetzt vielleicht wieder etwas deutlicher. Ich weiß nicht, ob eine neue Eiszeit kommt. Aber umso mehr muss man daran arbeiten, dass es zu einer guten Lösung kommt.

**Wie? Was müsste die Bruderschaft jetzt tun, was Rom, damit es wirklich zu einer Einigung kommt?**

Vor allem wäre zunächst einmal eine Anerkennung des Einsatzes beider Seiten nötig, auch wenn man sich theologisch noch nicht geeinigt hat. Die Bruderschaft müsste positiver hervorheben, dass es dem Apostolischen Stuhl Ernst ist. Dieser wiederum müsste die Bemühungen der Bruderschaft würdigen und ihre Sorgen ernst nehmen. In der Bruderschaft darf man nicht den Eindruck bekommen, sie würde einfach hineingenommen, um sie nachher irgendwie beschneiden zu können. Dann fiel es leichter, die theologischen Probleme, die es manchmal tatsächlich gibt, zu lösen.

**Muss die Bruderschaft das Konzil in seiner Gänze annehmen? Oder kann es da auch Formen der gestuften Anerkennung geben, so wie die Dokumente des Konzils ihrem Gewicht nach auch nicht alle auf derselben Stufe stehen?**

Sicher müsste man auf diesem Prinzip aufbauen. Nicht alle Dokumente des Konzils haben den gleichen Stellenwert. Vor allem müsste man die Dokumente des II. Vatikanischen Konzils wieder stärker als eine Entwicklung aus der Vorgängerzeit betrachten. Seitens der Glaubenskongregation müsste man wieder stärker an das vorkonziliare Lehramt anknüpfen, um der Bruderschaft die Anerkennung des Konzils zu erleichtern. Es geht darum, die Kontinuität der Lehre besser aufzuzeigen.

**Derzeit ist die Weltkirche zunehmend uneins. In Deutschland legt man das Papstschreiben „Amoris laetitia“ anders aus als in Polen oder in manchen US-Diöze-**

**sen. In Deutschland sind die Bischöfe zudem in Sachen Zulassung von Nicht-Katholiken zur Kommunion uneins. Für wie gefährlich halten Sie diese theologischen Fliedkräfte?**

Sobald es um die Substanz des Glaubens geht, brauchen wir Einheit. Es kann dann in Polen nicht anders sein als in Deutschland. Und in Deutschland wiederum kann es in einer so zentralen Frage wie der Eucharistie nicht sein, dass es in der einen Diözese so und in der anderen anders ist. Die Bischöfe müssten nach Einheit suchen. Und dann ist das natürlich auch eine Aufgabe der Zentrale in Rom.

**Der Papst scheint diese Fliedkräfte aber auch als kreatives Chaos zu schätzen und es einfach zuzulassen. Weder wurden die Dubia der Kardinäle beantwortet noch der Kommunionstreit definitiv entschieden.**

Ich sage bewusst Zentrale, denn natürlich hat der Papst seine Berater. Sie müssen sich überlegen: Wie beraten wir den Heiligen Vater? Ich kann nur sagen: Es muss auf Ebene der Bischöfe wie Roms unbedingt ein Umdenken geben, denn es geht etwa beim Kommunionempfang wirklich um die Substanz des Glaubens.

**Jetzt ist von den deutschen Bischöfen der „synodale Weg“ beschlossen worden. Da geht es um die heißen Eisen Sexualmoral, Zölibat und Zugang der Frau zum Weiheamt. So will man der Kirche in der Missbrauchskrise wieder auf die Beine helfen. Der richtige Weg?**

Ein „synodaler Weg“ kann gut sein, wenn es um Beratung geht, aber wenn man dann im Rahmen eines solchen Prozesses meint, alles ändern zu müssen, was die Kirche bisher getan hat, dann kann dabei nichts Gutes herauskommen. Das finde ich doch sehr beunruhigend. Ich hoffe, dass die deutschen Bischöfe sich ihrer Verantwortung für den Glauben bewusst sind.

**Am 21. April treten Sie in den Ruhestand. Haben Sie einen Wunschkandidaten für Ihre Nachfolge?**

Jeder Bischof muss dem Heiligen Stuhl gemäß Kirchenrecht regelmäßig Kandidaten nennen. Das habe ich auch für den Churer Stuhl nach bestem Wissen und Gewissen gemacht.

**Welchen Rat geben Sie Ihrem Nachfolger?**

Der Bischof muss sich unbedingt an die Wahrheit halten. Und zwar deshalb, weil die Liebe sich an der Wahrheit freut, wie der heilige Paulus im Hohelied der Liebe sagt. Damit haben wir beide Pole beieinander: die Liebe und die Wahrheit. Wir neigen dazu, beide gegeneinander auszuspielen und sind uns nicht bewusst, dass die Liebe eigentlich auf der Wahrheit gründet. Deshalb würde ich meinem Nachfolger sagen: Bleibe unbedingt bei der Wahrheit des Glaubens. Alles andere kann daraus erwachsen.

# Kampf um die Nachfolge



Gespräch in Chur: Bischof Huonder und „Tagespost“-Chefredakteur Oliver Maksan.

Am 21. April endet die Amtszeit von Vitus Huonder (77) als Bischof der auf das 5. Jahrhundert zurückgehenden Diözese Chur. Der rätoromanische Muttersprachler war 2007 von Papst Benedikt XVI. zum Bischof der auch die Stadt Zürich umfassenden Deutschschweizer Diözese ernannt worden. Papst Franziskus hatte Huonders altersbedingten Rücktritt 2017 nicht angenommen, sondern seine Amtszeit zur allgemeinen Überraschung um zwei Jahre verlängert. Huonders Nachfolger wird vom 24-köpfigen Domkapitel aus einer vom Heiligen Stuhl vorgelegten Dreierliste (Terna) ausgewählt. Zehn der wahlberechtigten Domherren sind von Huonder ernannt worden. Mit dem Churer Wahlverfahren hat Rom anders als in den beiden anderen Deutschschweizer Diözesen Basel und Sankt Gallen nennenswerten Einfluss auf die Bischofsbestellung.

Kritiker des Bischofs haben sich kürzlich in einem offenen Brief an Papst Franziskus gewandt. Der Generalvikar des Kantons Zürich Josef Annen und die Synodalratspräsidentin der Zürcher Landeskirche Franziska Triessen-Reding fordern darin vor dem Hintergrund der Missbrauchsfälle, dass es in der katholischen Kirche synodale Prozesse brauche, in denen die Zugangsbedingungen zu den kirchlichen Ämtern (Pflichtzölibat, Aus-

schluss von Frauen) regional entschieden werden können. „Die Katholische Kirche im Kanton Zürich erwartet, dass der neue Bischof im Bistum Chur vorbehaltlos Ja sagt zu einer synodalen Kirche“, so das Schreiben. Unterdessen hat der wahlberechtigte Domherr Christoph Casetti einem falschen Verständnis vom Bischof als Brückenbauer eine Absage erteilt. „Ein ‚Brückenbauer‘ müsse er sein, der neue Bischof von Chur. So kann man es allenthalben hören und lesen“, schrieb Casetti im Mitteilungsblatt des Bistums. „Wie ist das zu verstehen? Er soll Brücken bauen zwischen den polarisierten Gruppen des Bistums. Er soll Vertrauen bilden und so die Einheit in der Diözese wieder herstellen. Doch wie kann er diejenigen vereinen, die sich grundsätzlich nicht einig sind in den Fragen wie zum Beispiel diesen: Ist Jesus wirklich der Sohn Gottes und nicht nur der Menschensohn, der Sohn Josefs? Ist er wirklich von den Toten auferstanden oder geht einfach seine Sache weiter? Können nur Männer Priester werden? Können die wiederverheirateten Geschiedenen zur Kommunion gehen oder nicht? Kann die ‚Ehe für alle‘ von der Kirche anerkannt werden? Ist nur die natürliche Familienplanung erlaubt oder muss die Kirche endlich die Verhütung freigeben?“ Solche Gegensätze könnten Casetti zufolge nur um den Preis eines völligen Relativismus in Bezug auf die Glaubenswahrheiten und die daraus folgende Lebenspraxis vereinigt werden.